

Brief an Staatssekretärin Dr. Gisela Splett (MdL, GRÜNE) und Johannes Stober (MdL, SPD). Militärforschung am KIT beenden! Zivilklausel in das KIT-Gesetz aufnehmen!

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Stober,

wir wenden uns heute mit der dringenden Bitte an Sie, Ihre Fraktionen und Ministerin Theresia Bauer daraufhin anzusprechen, dass die Zivilklausel „**Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.**“ in das KIT-Gesetz aufgenommen wird, wie das aufgrund des [Studierendenvotums](#) vom Januar 2009 vom [UStA der Universität Karlsruhe](#) (KIT), von der Gewerkschaft ver.di ([LDK 2010](#), [Bundeskongress 2011](#)) und vielen mehr für das laufende Gesetzgebungsverfahren KIT Phase II gefordert wird.

Es gibt einen besonderen aktuellen Grund, warum wir uns an Sie wenden. Im Januar 2010 hatten Sie sich dankenswerter Weise in Ihrer Eigenschaft als Landtagsabgeordnete und Vertreter der früheren Oppositionsfraktionen gemeinsam in einer Kleinen Anfrage über „**Militärische Forschung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)**“ an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg gewandt. Anlass waren der Pressebericht „[KIT: Erster Forschungsneubau in Ex-Kaserne](#)“ über das neue KIT-Forschungsprojekt „unbemannte kognitive Fahrzeuge“ und der Bericht „[Kampfmaschinen](#)“ über ein entsprechendes europäisches Rüstungsprojekt in der Webzeitung german-foreign-policy.com verbunden mit der Federführung zweier Wissenschaftler des KIT und der Bundeswehr-Universität München, die direkt in der Rüstungsforschung tätig sind und mit der Rüstungsindustrie zusammen arbeiten. Wer die [Verquickungen](#) etwas genauer betrachtete, dem mochte die [Antwort des Ministeriums](#), wonach sich die „**Zielsetzung des Sonderforschungsbereichs 'Kognitive Automobile' ... allein an der zivilen Anwendung orientiere**“, nicht glaubwürdig erscheinen. Die gleiche Webzeitung hat jetzt im Bericht „[Urban Operations](#)“ den **Beweis erbracht, dass militärische Zwecke gleichzeitig verfolgt werden**. Ein [KIT-Referent](#) aus dem Institut für Theoretische Elektrotechnik und Systemoptimierung (ITE) wird auf einer [militärpolitischen Tagung](#) der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) im Januar 2012 in Berlin über die Navigation von [Minidrohnen & unbemannten Fahrzeugen](#) vortragen. Laut DWT soll sich die Tagung mit dem "gesamten Spektrum" von Kriegshandlungen in den Großstädten der sogenannten Dritten Welt befassen.

Das bedeutet – abgesehen von einer möglicherweise bewussten Täuschung des Landesparlaments über die genannten KIT-Forschungszwecke – dreierlei:

1. Das ist ein **Verstoß** gegen die [bestehende Verpflichtung](#), die die Großforschung (KIT Campus Nord) und deren Beschäftigte der Zivilklausel unterwirft. Ausweislich der [Antwort des Ministeriums](#) zu Ziffer 3 der Kleinen Anfrage arbeitet ein Mitarbeiter der Großforschung im Projekt mit.
2. Wegen der mit KIT II geplanten finanziell-organisatorischen Verschmelzung der beiden KIT-Teile ist die Teilzivilklausel, die von Beginn an [von MdL Stober als „völlig aberwitzig“ bezeichnet](#) wurde, vollends zerstört mit der unerträglichen Folge des **Tabu-Bruchs** „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“, gegen den sich ein [Internationaler Appell](#) gewandt hat.
3. Die **Glaubwürdigkeit** der neuen Landesregierung wird aufs Spiel gesetzt, wenn die [Wahlversprechen](#) und die [persönlichen Unterschriften](#) des Ministerpräsidenten, der Wissenschaftsministerin und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zusammen mit 450 Persönlichkeiten [für die KIT-Zivilklausel](#) ignoriert werden und die Ministerin auf die entsprechende Erinnerung in einem [Offenen Brief zum Antikriegstag](#) sowie auf die [Presse-Erklärung](#) von Ende September wegen der Dringlichkeit betreffend KIT-Gesetz, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll, nicht reagiert.

Wir haben keinen Zweifel daran, dass Sie zu Ihren Positionen vor dem Regierungswechsel stehen und bitten Sie deshalb eindringlich, dafür tätig zu werden und den Punkt nötigenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landeskabinetts zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der Initiative

Dagmar Hamdi, Dietrich Schulze